

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Der 17. Deutsche Bundestag nimmt Arbeit auf

Einen Monat nach der Bundestagswahl hat sich am vergangenen Dienstag der 17. Deutsche Bundestag konstituiert. Einen Tag später, am 28. Oktober, ist Bundeskanzlerin Angela Merkel für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden. Sie erhielt im Bundestag 323 von insgesamt 612 abgegebenen Stimmen in geheimer Wahl. Gegen Merkel stimmten 285 Parlamentarier, vier Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Im neuen Kabinett besetzt die CDU neben dem Kanzleramt sechs Ministerien, die CSU drei. Die Liberalen stellen insgesamt fünf Minister.

Die SPD trägt als größte Oppositionspartei große politische Verantwortung. Das führt uns der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP dramatisch vor Augen. Schwarz-Gelb ist nicht vorbereitet, unser Land zu regieren. Auf einen Wahlkampf mit unseriösen Versprechen und einschläfernden Floskeln folgt ein böses Erwachen. Die neue Bundesregierung verspricht: Steuern und Abgaben werden nicht erhöht. Doch der Koalitionsvertrag verunsichert Bürgerinnen und Bürger. Das Tarnen, Täuschen und Tricksen aus dem Wahlkampf geht weiter. Alles Wichtige wurde vertagt. Vor der Wahl in NRW soll vernebelt werden, wohin die Reise geht. Doch eins wird klar, Schwarz-Gelb heißt: Mehr Belastungen vor allem für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkom-



Am 27. Oktober hat sich der 17. Deutsche Bundestag konstituiert.

men, schlechtere Bildungschancen, soziale Spaltung und ein größerer Schuldenberg für Bund, Länder und Gemeinden. Entlastung für Besserverdienende auf Pump. Die Steuergeschenke von Merkel und Westerwelle nutzen nur denjenigen mit hohen Einkommen. Und dafür macht Schwarz-Gelb höhere Schulden trotz krisenbedingter sinkender Einnahmen. Die Bezieher kleiner oder mittlerer Einkommen gehen leer aus.

Kopfpauschale statt Solidarität

Die Abkehr von der solidarischen Finanzierung unseres Gesundheitswesens ist eingeläutet: Der Arbeitgeberanteil wird eingefroren und für die gesetzlich Versicherten wird bei Kostensteigerungen eine Pauschale unabhängig vom Einkommen erhoben. Arbeitgeber werden geschont und

die Versicherten müssen Mehrkosten allein schultern. Dabei sind Besserverdienende fein raus und die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen zahlen die Zeche. Und wie der von Merkel versprochene Sozialausgleich finanziert werden soll, steht in den Sternen. In der Pflegeversicherung ist vorgesehen, die Versicherten zu verpflichten, eine private Zusatzversicherung abzuschließen. Das bedeutet eine weitere einseitige Belastung der Versicherten. Nur die Versicherungswirtschaft ist obenauf, ihre Spenden an Union und FDP machen sich jetzt bezahlt.

Lohndumping gesetzlich festgeschrieben

Wer wirklich will, dass Arbeit sich lohnt, der sollte dem gesetzlichen Mindestlohn zustimmen. Aber Merkel stellt sogar bestehende

Mindestlohnregelungen unter Vorbehalt. Denn Schwarz-Gelb führt anderes im Schilde: Sie machen Lohndumping zur Regel und wollen gesetzlich fest schreiben, dass branchenübliche Löhne bis zu einem Drittel unterschritten werden dürfen.

Einstieg in Bildungsprivatisierung

Schwarz-Gelb verabschiedet sich von kostenloser Bildung als öffentlicher Aufgabe zur Erreichung von Chancengleichheit. Es folgt die private Bildungsfinanzierung durch Prämien für sog. Bildungssparen. Das begünstigt die, die genug verdienen, um Geld auf die hohe Kante zu legen. Gleichzeitig sollen 10 Prozent der Studierenden nach Begabung durch Stipendien gefördert werden. Auch dies begünstigt vor allem Kinder von Besserverdienenden. Außerdem sendet Schwarz-Gelb mit dem „Betreuungsgeld“ ein fatales Signal aus: Die frühe Förderung von Kindern in guten Kitas wird zurück gehen. Die Konsequenzen tragen die Kinder aus benachteiligten Familien. Und das schadet uns allen.

Schwarz-Gelb begünstigt ihre Klientel. Für alle anderen wird nichts besser, dafür vieles unsicherer. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die konservative-neoliberale Regierung durch selbstbewusste Oppositionsarbeit stellen und ihr sozial gerechte Alternativen entgegensetzen.

Schwarz-Gelb: Hin und Her in der Steuerpolitik

Trotz der bereits enormen Vorbelastungen der öffentlichen Haushalte durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie deren Folgen hat sich die neue CDU/CSU/FDP-Koalition vorgenommen, in den kommenden Jahren massive Steuersenkungen wirksam werden zu lassen.

Es ist abzusehen, dass die zusätzlichen Belastungen der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden nicht nur massive Probleme im Hinblick auf die Anforderungen der künftigen Schuldenbremse mit sich bringen, sondern auch im Hinblick auf die Aufstellung ordnungsgemäßer Haushalte unter den zurzeit noch geltenden Regelungen.

Dies gilt umso mehr, als alle aktuellen Berechnungen darauf hin deuten, dass sich die gegenüber dem Frühjahr erkennbar verbesserten Konjunkturaussichten nicht automatisch in eine verbesserte Situation bei den Steuereinnahmen übersetzen werden. Das heißt, die zusätzlichen Steuerausfälle treffen die öffentlichen Haushalte additiv zu den bereits nach der letzten Steuerschätzung massiv nach unten korrigierten Einnahmeerwartungen. Gleichzeitig – auch das

zeigt der Koalitionsvertrag – versuchen CDU/CSU und FDP ganz offensichtlich, den von den umfangreichen konjunkturpolitischen Anstrengungen der großen Koalition, die ja maßgeblich auf die Initiative der SPD zustande gekommen sind, ausgelösten Wachstumsimpuls politisch ausschließlich für sich zu reklamieren.

Aus den im Koalitionsvertrag bereits konkret mit Zahlen versehenen steuerpolitischen Vorhaben ergeben sich also gegenüber der im Sommer noch von Peer Steinbrück erstellten Finanzplanung in der Addition der oben genannten Positionen originäre Mindereinnahmen in etwa der folgenden Größenordnung für Länder und Gemeinden:

Mindereinnahmen für die Länder

ab 2010: 3,1 Mrd. Euro
ab 2011: 12,6 Mrd. Euro
jährlich.

Mindereinnahmen für die Gemeinden

ab 2010: 0,5 Mrd. Euro
ab 2011: 3,5 Mrd. Euro
jährlich.

Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass die so abgebildete originäre Lastenverteilung zwischen Ländern und Kommunen nur einen Erstrundeneffekt abbildet. Die massiven Steuerausfälle der Länder werden über den landesinternen Steuerverbund in einem zweiten Schritt anteilig an die Gemeindeebene durchgereicht, so dass die Städte und Gemeinden im Ergebnis zusätzlich zu den bei ihnen originär anfallenden Mindereinnahmen mindestens noch einmal gut 20% der zunächst einmal die Länder betreffenden Ausfälle zu tragen haben werden, während die Länder nachträglich um diesen Anteil entlastet werden.

Weitere Ausfälle aus den bislang im Koalitionsvertrag noch nicht bezifferten Reformvorhaben kämen in den Jahren 2011 ff. dann je nach konkreter Ausgestaltung noch hinzu. Bereits diese erste Annäherung an die bei Ländern und Gemeinden zu befürchtenden Mindereinnahmen machen klar, dass auch auf diesen Ebenen eine erhebliche Zunahme der Neuverschuldung sowie eine spürbare Einschränkung der politischen Handlungs-

möglichkeiten vor Ort allein aus Gründen der zusätzlich vorgesehenen Steuersenkungen droht.

Länder und Kommunen rennen nun gegen die von der neuen Regierungskoalition angekündigten Steuersenkungen an, weil auch sie diese finanziell nicht verkraften können. Frau Merkel reagiert, wie zu erwarten war. Die Tinte unter dem Koalitionsvertrag ist noch nicht trocken, schon weicht Frau Merkel vor dem sich aufbauenden Widerstand zurück und nimmt die Länder als Alibi, erste Bedingungen für die Steuerentlastungen in die Welt zu setzen: Die Umsetzung der Steuersenkungsversprechen hänge „zum Beispiel“ auch vom Willen der Bundesländer ab. Das ist Frau Merkels Art zu arbeiten: Am Vortag steht sie noch fest bei CSU und FDP, aber heute bereits relativiert sie alles und ist schon halb bei ihren mächtigen Kritikern aus den eigenen Ländern. Frau Merkel bleibt die „Meisterin des Durchlaviens“. Es ist keine klare Linie in der Steuerpolitik der neuen Bundesregierung erkennbar. Der Koalitionsvertrag ist ein Dokument der Vertagung und Verunsicherung.



Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der neuen Legislaturperiode auch einen neuen Vorsitzenden: Dr. Frank-Walter Steinmeier hat die Nachfolger von Dr. Peter Struck angetreten.

SPD-Bundesparteitag in Dresden

Die Vorbereitungen des SPD-Bundesparteitages in Dresden vom 13.11. bis 15.11.2009 laufen auf Hochtouren. Parteivorstand und Fraktion haben einen Initiativantrag erarbeitet, mit dem wir unsere Position bestimmen und den Blick nach vorn richten wollen. Klar ist, wir bekräftigen unseren Anspruch als linke Volkspartei. Klar ist auch, wir brauchen neue Diskussionskraft, um verlorenes Vertrauen und gesellschaftliche Meinungsführerschaft wiederzugewinnen. Dresden ist ein Anfang auf diesem Weg. Auf der Tagesordnung steht auch die Neuwahl des Parteivorstandes. Mit dem designierten Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel haben wir den Richtigen für den Neubeginn.

Landesgruppe Niedersachsen: Neuer Vorstand gewählt



Der neue Landesgruppenvorstand (v.l.n r.): Holger Ortel, Carola Reimann, Lars Klingbeil, Gabriele Lösekrug-Möller und Carsten Sieling.

Niedersachsens SPD-Bundestagsabgeordnete haben den Delmenhorster Holger Ortel einstimmig als Vorsitzenden der Landesgruppe bestätigt. Als weitere Mitglieder wurden in den Vorstand der Landesgruppe einstimmig die Bundestagsabgeordneten Gabriele Lösekrug-Möller (Hameln), Carola Reimann (Braunschweig) und Lars Klingbeil (Munster) gewählt. Der Bremer Carsten Sieling vertritt im Vorstand die Interessen der Hansestadt. Erste Priorität werde die bundespolitische Betreuung der 11 Wahlkreise haben, in denen die SPD keinen Bundestagsabgeordneten mehr stellt. „Der Koalitionsvertrag zeigt bereits, dass Union und FDP mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger nicht umgehen können. Deshalb sorgen wir für eine starke, entschlossene und konstruktive parlamentarische Kontrolle“, so Ortel. Garrelt Duin übt in diesem Zusammenhang Kritik am niedersächsischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Christian Wulff. „Einnahmeausfälle für das Land und die Kommunen für Steuersenkungen auf Pump sind definitiv nicht hinnehmbar“, erwiderte Duin auf eine Einlassung des Ministerpräsidenten, Steuererleichterungen seien für Niedersachsen zu verkraften. „Erst hat sich der Ministerpräsident im Angesicht der desolaten Finanzlage Niedersachsens vernünftiger Weise gegen haltlose Steuersenkungen

auf Pump ausgesprochen, jetzt stützt er kritiklos den finanzpolitischen Kamikaze-Einsatz der neuen Bundesregierung“, sagte er. Duin verwies die Argumentation, Steuersenkungen seien zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise notwendig, ins Reich der Märchen. Steuersenkungen erzeugten nur minimales Wirtschaftswachstum und setzten kaum konjunkturellen Impulse. „Die Besserverdienenden, denen Steuergeschenke gemacht werden, legen das Geld auf die hohe Kante, anstatt zu konsumieren. Das Land Niedersachsen profitiert in keiner Weise von den Maßnahmen der neuen Bundesregierung. Die Zeche für Wulffs Nibelungentreue zur Kanzlerin zahlen die Bürgerinnen und Bürger“, so Duin.

Landesgruppe Niedersachsen:

- Heinz-Joachim Barchmann (Helmstedt/Wolfsburg)
- Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
- Edelgard Bulmahn (Hannover Stadt II)
- Garrelt Duin (Aurich/Emden)
- Sebastian Edathy (Nienburg/Schaumburg)
- Karin Evers-Meyer (Wilhelmshaven/Friesland)
- Sigmar Gabriel (Salzgitter/Wolfenbüttel)

- Hubertus Heil (Gifhorn/Peine)
- Lars Klingbeil (Rotenburg I, Soltau-Fallingb. Ost)
- Gabriele Lösekrug-Möller (Hameln-Pyrmont/Holzminde)
- Kirsten Lüthmann (Celle-Uelzen)
- Caren Marks (Hannover-Land I)
- Dr. Matthias Miersch (Hannover-Land II)
- Thomas Oppermann (Göttingen)
- Holger Ortel (Delmenhorst-Wesermarsch/ OL-Land)
- Dr. Wilhelm Priesmeier (Goslar-Northeim-Osterode)
- Dr. Carola Reimann (Braunschweig)
- Dr. Martin Schwanholz (Stadt Osnabrück)
- Kerstin Tack (Hannover-Stadt I)

Landesgruppe Bremen:

- Uwe Beckmeyer (Bremerhaven-Bremen II)
- Carsten Sieling (Bremen I)

Termine

- **Dienstag, 3.11.2009**
17:00 Uhr: Präsidium SPD Unterbezirk Aurich in Norden; 18:30 Uhr: Vorstand SPD Unterbezirk Aurich in Norden
- **Donnerstag, 5.11.2009**
17:00 Uhr: geschäftsführender Bezirksvorstand Weser-Ems; 19:00 Uhr: Regionalkonferenz mit Sigmar Gabriel und Andrea Nahles in Wardenburg
- **Freitag, 6.11.2009**
15:00 Uhr: Landesrundfunkrat in Hannover; 18:00 Uhr: Bezirksvorstand Weser-Ems in Oldenburg
- **Sonntag, 7.11.2009**
10:00 Uhr: Gründungsveranstaltung AfB-Landesverband Niedersachsen in Hannover
- **Montag, 9.11. bis Donnerstag, 12.11.09**
Sitzungswoche Deutscher Bundestag in Berlin
- **Freitag, 13.11. bis Sonntag, 15.11.2009**
SPD-Bundesparteitag in Dresden

Spruch der Woche

„Opposition ist Mist. Die Personalentscheidungen des Tages sind der beste Beleg.“

Garrelt Duin twittert zur Kabinettsbildung am 28. Oktober 2009

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de